

Generation Prekär wächst weiter

Dieser Kapitalismus gehört weg

Sie klagen, weil es zu wenig Auszubildende gäbe, sie schreien nach mehr Fachkräften und schaffen Billigjobs und weiten die prekäre Beschäftigung aus. Anlässlich des "Aktionstages Ausbildung" behauptet der DIHK-Präsident Hans-Heinrich Driftmann, dass 50 000 Stellen nicht besetzt werden können. Doch die Fakten strafen ihn Lügen.

So kann von einem bundesweiten Bewerbermangel keine Rede sein, sagte Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende. "Allein vergangenes Jahr haben mehr als 80 000 Bewerber keinen Ausbildungsplatz gefunden, obwohl die Bundesagentur für Arbeit sie für ausbildungsreif hält", betonte sie. Insgesamt seien zurzeit 320 000 junge Leute in der Warteschleife, absolvierten Praktika und Berufsvorbereitungskurse, weil sie keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Das Gejammer der Unternehmer ist nicht neu. Schon im Berufsbildungsbericht vom Anfang dieses Jahres wurde so getan, als gäbe es "erneut mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber". Tatsächlich konnten im Jahr 2010 gerade mal 66,3 Prozent der Bewerber eine duale betriebliche Ausbildung beginnen. Aber 84 600 Jugendliche waren, trotz großer eigener Anstrengung, erfolglos auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Der Ausbildungsexperte des DGB, René Rudolf, rechnet vor, dass unter dem Strich eine Lücke von 22 000 fehlenden betrieblichen Ausbildungsstellen bleibt. Die Gewerkschaften sehen zwar auch eine Entspannung der Lage, weil die Schülerzahlen rückläufig sind. Doch für das hohe Stellenangebot in diesem Jahr sei vor allem die bisher gut laufende Wirtschaft der Grund. Lässt der Boom nach, gehe auch das Ausbildungsplatzangebot zurück. Der DGB kritisiert in diesem Zusammenhang ein weiteres Problem, die Altlast aus der jahrelangen Ausbildungskrise, die die Unternehmer selbst geschaffen haben. 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren können keinen Berufsabschluss vorweisen. Hier müsse eine Nachqualifizierung organisiert werden, fordert Rudolf.

Und die Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz ergattert haben, müssen zum Teil unter miserablen Arbeitsbedingungen ihre Ausbildung absolvieren. So belegt der jährlich erscheinende Ausbildungsreport der DGB-Jugend die skandalösen Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe. Die Arbeitsbedingungen sind hart, es gibt viel zu viele Überstunden, der Umgangston ist oft sehr harsch und viele haben den Eindruck, dass sie als billige Arbeitskraft ausgenutzt werden.

Und auch der studierenden Jugend geht es nicht besser. Trotz des drohenden Fachkräftemangels werden Praktikantinnen und Praktikanten immer noch als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Zu diesem Ergebnis kommt die neue wissenschaftliche Studie "Generation Praktikum 2011", vom DGB und der Hans-Böckler-Stiftung. Demnach leisten vier von fünf Praktikanten vollwertige Arbeit in den Betrieben,

drei von vier geben an, dass sie fest in die Arbeitsabläufe eingeplant sind. Ihr Arbeitsleben ist geprägt von Leiharbeit, Werkverträgen, befristeter Einstellung oder Dauerpraktika.

"Wir haben ein Recht auf Perspektiven", fordert die IG-Metall-Jugend mit ihrer Kampagne "Übernahme". "Heute werden rund 50 Prozent der Auszubildenden nicht übernommen. Der größte Teil von ihnen wird arbeitslos. Insgesamt ist in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen die Erwerbslosenquote mit 14,9 Prozent fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Das ist ein Skandal." Die IG-Metall-Jugend ruft daher zu einem bundesweiten Aktionstag in Köln am 1. Oktober für die unbefristete Übernahme auf.

Die DKP unterstützt den Kampf Jugendlicher für ihre Rechte. In ihren jugendpolitischen Forderungen fordert sie das Recht auf eine fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung, das Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung, das Recht auf sinnvolle Freizeit, Gesundheit und Erhaltung der natürlichen Umwelt, das Recht auf Mitbestimmung und Demokratie, das Recht, in Frieden zu leben und zu arbeiten.

Die Massenproteste der "Empörten", der Jugend in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland, die mit Hilfe der neuen sozialen Netzwerke Widerstand organisieren und neue Protestformen entwickeln, zeigen weitere Möglichkeiten, die Rechte der Jugend durchzusetzen.

Wolfgang Teuber

Foto: 
Jan Michalko

[← zurück](#)

[Artikel versenden](#)